A1 MÜNCHEN HITZEFEST MACHEN - KLIMAGERECHTIGKEIT BEGINNT VOR ORT

Gremium: Stadtparteitag
Beschlussdatum: 12.11.2026
Tagesordnungspunkt: TOP 5 Anträge

Antragstext

37,6 Grad Celsius. Das ist der neue Hitzerekord für München seit Ende Juni [1]. Auch deutschlandweit war dieser Sommer sehr heiß, mit den meisten Hitzetagen jemals [2]. Durch die Erderhitzung werden Sommer wie diese mindestens zum neuen Normal. Daraus folgt: Es braucht entschlosseneren Klimaschutz von allen Seiten. Und: Die Stadt München muss sich an den Klimawandel anpassen, um Hitzetote zu verhindern, Produktivitätsverluste zu verringern und eine lebenswerte Stadt für alle zu sichern. Da der Klimawandel besonders sozial schwächer gestellte Menschen in Hitzevierteln trifft, müssen politische Maßnahmen immer sozial gerecht gestaltet sein.

Mit diesem Antrag wollen wir, die Münchner GRÜNEN, bekräftigen, dass wir aus tiefer Überzeugung und auf dem Hintergrund des Dürre- und Hitzesommers 2026 hinter unserer Stadtratsfraktion, dem Oberbürgermeister Dominik Krause und der 2. Bürgermeisterin Mona Fuchs stehen, bei ihrem Bestreben, den Münchner*innen mit aller Kraft durch Klimaschutz und Klimaanpassung, eine lebenswerte Zukunft zu sichern.Wir halten dafür besonders wichtig:1.) In der laufenden Stadtratsperiode 2026 – 2032 soll bei relevanten Beschlüssen und politischen Weichenstellungen nochmals verstärkt auf deren Klimarelevanz geachtet und wenn erforderlich nachjustiert werden. Das gilt vorrangig für alle Projekte der Stadtentwicklung (Bauleitplanverfahren), der Mobilität, der Entwicklung und Pflege der kommunalen Park-/Grünanlagen und Plätze, sowie Neubau/Sanierung und Unterhalt kommunaler Gebäude.2.) Das Referat für Stadtplanung und Bauordnung wird mit Nachdruck aufgefordert, gemeinsam mit der Lokalbaukommission geeignete Fälle auszuwählen, in denen große und besonders klimawirksame Bäume im Zuge von Bauvorhaben und bei Einzelfällanträgen gefällt werden sollen. Die Stadt soll künftig häufiger den Ermessensspielraum zu Gunsten der Bäume nutzen, in geeigneten Fällen den Baumschutz, soweit rechtlich vertretbar, auch vor Gericht verteidigen. Ziel ist es, die Rechtslage zugunsten des Erhalts wertvoller Großbäume weiterzuentwickeln und der pauschalen Aussage „Baurecht bricht Baumschutz“ etwas entgegenzusetzen.

1) Die Stadt braucht mehr Begrünung, besonders in Hitzevierteln. Dafür soll

Fassadenbegrünung, Dachbegrünung und Gemeinschaftsgärten auf Dächern und in Wohnanlagen nach dem Prinzip der „Essbaren Stadt“ stärker gefördert werden, wobei in der Stadtklimaanalyse als Hitzeviertel ausgewiesene Gebiete bevorzugt berücksichtigt werden sollen. Als „Essbare Stadt“ verstehen wir hier ein Städtekonzept, bei dem auf öffentlichen gut zugänglichen Flächen kostenfrei und gemeinschaftlich Lebensmittel für den täglichen Gebrauch angebaut werden. Das kann zum Beispiel in Gemeinschaftsgärten und Dachgärten stattfinden. [3]

Begrünung kühlt sowohl Hausfassaden als auch Umgebung und wirkt dem sogenannten städtischen Hitzeinseleffekt entgegen. Beispiele wie in der Adlzreiterstraße zeigen, wie Häuser abgekühlt, gedämmt und nebenbei Nachbarschaft gefördert werden kann. [4]

2) Das Ziel, die Stadt München zur Schwammstadt zu machen, soll mit Leben gefüllt werden. Wichtig hierbei sind Konzepte, die vor Ort erlebbar sind und ein positives Gemeinschaftsgefühl erzeugen. In den vergangenen Jahren hat der Wettbewerb „Abpflastern“ nach niederländischem Vorbild auch in Deutschland Bekanntheit erfahren. In diesem Jahr haben bereits verschiedene Städte in Bayern, etwa Ingolstadt und Nürnberg, teilgenommen. Wir fordern die Stadt München auf, eine Teilnahme im Jahr 2027 vorzubereiten. Dazu gehören:

- Vorbereitung einer Öffentlichkeitskampagne, die die Stadtbevölkerung motiviert sich hier proaktiv zu engagieren.

- Prüfung von Haushaltsmitteln, um Teilnehmenden die Kosten für die Entsorgung von entstehendem Bauschutt abzunehmen (analog Neumünster, [5]) sowie eine klimafreundliche Bepflanzung zu subventionieren (analog Flensburg, [6]).

- Planung städtischer Pilotprojekte, die die in dem Wettbewerbszeitraum 2027 umgesetzt werden können. Die Stadt München soll hier mit positivem Beispiel vorangehen und sowohl andere Städte als auch ihre eigenen Bürger*innen inspirieren.

3) Davon unabhängig muss jede Fläche auf ihr Entsiegelungspotential geprüft werden. Leider führt dies innerhalb der Stadtgesellschaft häufig zu Zerwürfnissen, die dem gemeinsamen Ansinnen der Klimaanpassung im Wege stehen. Paradebeispiel ist der immer wieder aufflammende Kampf um Parkplätze.

Wir wollen auf unseren Straßen immer weniger motorisierten Individualverkehr haben. Gleichzeitig stellen wir fest, dass viele Parkplätze aktuell weiterbestehen werden. Wir fordern die Stadt daher auf, mit größerem Nachdruck die
nächtliche Nutzung von Supermarktparkplätzen oder die gemeinschaftliche Nutzung von Firmenparkplätzen zu prüfen und zu ermöglichen, damit real durch Begrünung weniger Parkplätze wegfallen. Gleichwohl müssen bestehen bleibende Parkplätze im öffentlichen Raum, etwa am Straßenrand, keine vollständige Versiegelung

bedeuten. Statt auf Asphalt kann hier auch auf Rasengittersteinen oder versickerungsfähigem Pflaster geparkt werden. So blieben Parkplätze bestehen, die Straße hat jedoch nun zumindest ein minimales Sickerpotential. Wir fordern die Stadt explizit auf, bei kommenden Umbaumaßnahmen stets jede noch so kleine Möglichkeit zur Entsiegelung konsequent zu nutzen.

4) Städtische Bauprojekte müssen hitzeresilient werden. Bei allen städtischen Neubau-, Umbau- und Sanierungsprojekten sollen Klimaanpassung und Hitzeschutz von Beginn an mitgedacht werden. Dazu gehören insbesondere ausreichende Verschattung, Wärmepumpen, die im Sommer als Klimaanlagen genutzt werden können und ausreichende Begrünung, wobei diese Maßnahmen insbesondere in stark hitzebelasteten Quartieren priorisiert werden sollen. Außerdem sollten Klimaanlagen und Wärmepumpen – wenn möglich – mit Photovoltaik kombiniert werden.

5) Der öffentliche Nahverkehr muss auch bei zunehmender Hitze zuverlässig nutzbar bleiben. Die Stadt München soll sich dafür einsetzen, die Klimatisierung und Belüftung von Bussen und Tram weiter zu verbessern und die Ausfallsicherheit zu erhöhen. Auch bei der Beschaffung neuer Fahrzeuge soll eine leistungsfähige Klimatisierung verbindlicher Standard sein. Die U-Bahnen in München sind aktuell nicht mit Klimaanlagen ausgestattet, was auf den meisten Linien im Untergrund auch nicht nötig ist. Bei Linien an der Oberfläche (U6 nach Garching) führt dies an heißen Tagen aber zu unzumutbaren Temperaturen in der U-Bahn. Wir fordern daher den Einbau von Klimaanlagen oder anderen kühlenden Maßnahmen in der U6 zu prüfen und umzusetzen.

6) Städtische Schulen brauchen klare Regeln für Hitzefrei. Die Stadt München sollte für ihre Schulen verbindliche Empfehlungen für Unterricht bei extremer Hitze entwickeln und sich dabei an Empfehlungen von der Allianz Klimawandel und Gesundheit orientieren. Wenn Unterricht in den Schulgebäuden aufgrund der Temperaturen nicht mehr sinnvoll möglich ist, soll der Unterricht frühzeitig beendet oder in geeignete kühlere Räume verlegt werden. Dabei müssen insbesondere der Schutz der Schüler*innen und Beschäftigten sowie eine verlässliche Betreuung von Kindern berücksichtigt werden. Nach aktueller Rechtslage überlässt der Freistaat Bayern den Schulleitungen im konkreten Fall die Entscheidung, ob Schule stattfindet oder nicht. Also kann jede Schulleitung selbst entscheiden, ob es an Schulen Hitzefrei gibt. Deshalb kann die Stadt München nur Empfehlungen geben [7].

7) Nachbarschaftstreffs und öffentliche Gebäude sollen bei Hitzewellen (nach DWD-Definition) als weitere kühle Zufluchtsorte zur Verfügung stehen. Die Stadt München soll geeignete öffentliche Einrichtungen, insbesondere Nachbarschaftstreffs, Bibliotheken, Bürgerhäuser und Kulturzentren, während Hitzewellen möglichst lange und niedrigschwellig als Aufenthalts- und Schutzorte zugänglich machen. Dafür müssen sie über ausreichende Verschattung, Belüftung oder Kühlung, Sitzmöglichkeiten und Zugang zu Trinkwasser verfügen und, falls

zutreffend, in der „Karte kühler Orte“ der Stadt erfasst werden.

Darüber hinaus ist es die Aufgabe der Stadt München, für die Nachbarschaftstreffs Ventilatoren zu beschaffen, die diese dann vor Hitzewellen auf Anfrage an Bewohnende der Stadtviertel verleihen können, (wenn nötig auch mit Pfandgebühr). Dabei sollen Nachbarschaftstreffs in besonders von Hitze betroffenen Stadtvierteln mit verhältnismäßig vielen Ventilatoren ausgestattet werden.

8) Kostenloses Trinkwasser muss überall leicht zugänglich sein. Die Stadt München soll das Netz öffentlicher Trinkbrunnen insbesondere in stark hitzebelasteten Quartieren weiter ausbauen und bestehende Trinkwasserstellen gut sichtbar kennzeichnen. Zusätzlich soll München den Ausbau des Refill-Netzwerks unterstützen, indem städtische Einrichtungen und weitere geeignete Einrichtungen aktiv zur Teilnahme an Refill Deutschland motiviert werden. Die Standorte sollen zentral und aktuell online auffindbar sein. Wir fordern daher die Integration von Refill-Stationen in die städtische Karte der Trinkwasserbrunnen.

Quellen:

[1] https://www.blick-aufs-wetter.com/messwerte/historie/ort/M%C3%BCnchen-Stadt/03379

[2] https://www.merkur.de/deutschland/zuvor-sogar-2003-geknackt-hitzetage-rekord-2026-mehr-als-je-zr-94445474.html

[3] https://www.sueddeutsche.de/muenchen/muenchen-fassade-begruenen-kosten-wilder-wein-li.3516588

[4] https://www.ernaehrungswandel.org/vernetzen/nischeninnovationen-in-europa/essbare-staedte

[5] https://www.neumuenster.de/verkehr-umwelt/klima-umweltqualitaet/themen-projekte/abpflastern

[6] https://www.flensburg.de/Wohnen-Wirtschaft/Verkehr-Mobilit%C3%A4t-Klima/Klimaschutz-Klimaanpassung/Klimaanpassung/Entsiegelungs-Wettbewerb-abpflastern-/

[7] https://www.br.de/kinder/hitze-hitzefrei-schule-regelung-sonne-coole-tipps-100.html)

A2 Gleichstellung ist keine Frauenaufgabe – Männer in die Förderung von FLINTA* einbinden

Gremium:	Stadtparteitag
Beschlussdatum:	12.11.2026
Tagesordnungspunkt:	TOP 5 Anträge

Antragstext

Konkret fordern wir:

1. **Gemischtes Mentor*innenprogramm: Auflage eines Mentoring-Programms für**

   Parteiämter und politische Mandate, bei dem ausdrücklich auch Männer1 als Mentoren für Frauen, sowie Lesben, inter, nicht-binäre, trans und agender Personen zur Verfügung stehen – zusätzlich zu

   bereits bestehenden Frauen-für-Frauen-Formaten. Ziel ist der gezielte Wissens- und Netzwerktransfer aus männlich dominierten Strukturen heraus. Das Programm soll FLINTA*-Personen nicht an bestehende Strukturen anpassen, sondern ihnen Zugang verschaffen, um diese Strukturen zu verändern. Für das Programm gelten verbindliche Awareness-Standards, und es gibt eine unabhängige FLINTA*-Ansprechperson für Probleme im Mentoring. Die Teilnahme ist kostenfrei und barrierearm.

2. **Verbindliche Beteiligung von Männern an Gleichstellungsformaten:** Workshops, Fortbildungen und Veranstaltungen zu Gleichstellung, Diversität und struktureller Benachteiligung werden künftig so konzipiert, dass eine aktive Teilnahme von Männern (z. B. in Vorstandsämtern, Fraktionen, Kreisvorständen) erwartet und eingefordert wird, statt diese Formate als optionales „Zusatzangebot" oder als reines Angebot für Betroffene zu behandeln. **Die Formate werden professionell moderiert. FLINTA*-Personen übernehmen nicht die Bildungsarbeit von Männern.**

3. **Vorbildfunktion männlicher Funktionsträger:** Männliche Mandatsträger und Funktionsträger der Partei werden aufgefordert, sich sichtbar und aktiv für die Förderung von FLINTA* einzusetzen – etwa durch aktives Empfehlen von FLINTA* für Ämter und Redebeiträge, **durch das bewusste Abgeben eigener Redezeit, Bühnen oder Ämter an Frauen, sowie Lesben, inter, nicht-binäre, trans und agender Personen** und durch öffentliches Auftreten als Verbündete (Allies).

4. **Care-Arbeit und Vereinbarkeit als Männerthema:** Anträge und Initiativen zur besseren Vereinbarkeit von Familie, Sorgearbeit und politischem Engagement (z. B. Kinderbetreuung bei Sitzungen, familienfreundliche Sitzungszeiten) werden ausdrücklich auch als Angebot an Väter und pflegende Männer kommuniziert und beworben, um die Erwartung aufzubrechen, dass Vereinbarkeit primär ein Frauenthema sei.

5. **Ally-Netzwerk:** Prüfung des Aufbaus eines informellen Netzwerks männlicher Verbündeter innerhalb des Kreisverbands, das sich regelmäßig zu Gleichstellungsfragen austauscht und als Ansprechpartner für interessierte Männer dient, die sich einbringen möchten, aber nicht wissen wie. Das Netzwerk macht seine inhaltliche Arbeit halbjährlich dem FFP transparent.

6. **Federführung durch FLINTA*-Personen:** Ziele und Ausrichtung der Maßnahmen dieses Antrags werden vom betroffenen Personenkreis in Zusammenarbeit mit dem FFP entwickelt, umgesetzt und weiterentwickelt.

[1]**Wenn in diesem Antrag von ‚Männern‘ gesprochen wird, sind cis-endo-Männer gemeint, d. h. Männer, deren Geschlechtsidentität mit dem bei der Geburt zugewiesenen Geschlecht übereinstimmt und die nicht intergeschlechtlich sind. Trans, inter und non-binäre Menschen sind explizit Teil der FLINTA*-Strukturen.)**

Bericht: Der Kreisvorstand berichtet dem Stadtparteitag ein Jahr nach Beschluss, welche Maßnahmen umgesetzt wurden und wie sie wirken. Das Feminist Future Programm (FFP) gibt dazu eine eigene Einschätzung ab.

A4 Basisdemokratie verteidigen: Antragsrecht der Ortsverbände für die Bundesversammlung wahren!

Gremium:	Stadtparteitag
Beschlussdatum:	12.11.2026
Tagesordnungspunkt:	TOP 5 Anträge

Antragstext

Die Kreisversammlung von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN München möge beschließen, den vorliegenden Antrag S-09 mit dem Titel „Bestätigung der Satzung“ für die Bundesversammlung von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN 2026 mittels eines Änderungsantrages in die nachfolgende Formulierung zu ändern:

> *„Die Bundesversammlung beschließt die Satzung, wie sie durch die Parteimitglieder im Wege der Urabstimmung am 1. Juli 2026 abgestimmt wurde, und ändert den § 14 Abs. 8 S. 7 der Satzung in:*

> *‚Antragsberechtigt sind **Ortsmitgliederversammlungen**, Kreismitgliederversammlungen bzw. Kreisdelegiertenversammlungen, die Landesversammlungen bzw. Landesdelegiertenkonferenzen, der Länderrat, der Frauenrat, der Diversitätsrat, der Bundesfinanzrat, der Parteirat, der BAG Sprecher*innenrat, die Bundesarbeitsgemeinschaften, der Bundesvorstand, die Landesvorstände, die Antragskommission im Rahmen ihrer Aufgaben, die allgemeinen Parteiausschüsse gem. § 13 Parteiengesetz auf Landesebene (Landesausschüsse etc.), 0,05 % der Mitglieder auf Basis der Mitgliederzahlen zum 31.12. des Vorjahres, die gemeinschaftliche einen Antrag stellen, die Bundesmitgliederversammlung der GRÜNEN JUGEND und der Bundesvorstand der GRÜNEN JUGEND.‘“*

A5 Baumentscheid konsequent umsetzen

Gremium: Stadtversammlung
Beschlussdatum: 12.11.2026
Tagesordnungspunkt: TOP 5 Anträge

Antragstext

Die Stadtversammlung von Bündnis90/DIE GRÜNEN München beschließt folgenden Antragstext:

Die Stadt München hat diesen Sommer erneut rekordverdächtige Hitzewellen erleben müssen. Für einen zunehmenden Teil der Bevölkerung stellt dies eine erhebliche, insbesondere gesundheitliche, Belastung dar. Die Hitzeviertel, in denen dies besonders spürbar wird, wachsen. Gerade dort trifft Hitze vulnerable Gruppen unverhältnismäßig stark. Generell: Die zunehmende Hitze in der Stadt sorgt für eine wachsende soziale Ungerechtigkeit.

Gleichzeitig gab es mit dem Baumentscheid München eine zivilgesellschaftliche Initiative, die uns Mut macht. Über 60.000 Bürger*innen fordern, die feste Planung der Pflanzung von hinreichend neuen Bäumen, um der Hitze etwas entgegenzusetzen. 30% des Straßennetzes der Landeshauptstadt sollen bis 2040 von Baumkronen bedeckt sein, und ein besonderer Fokus auf die Hitzeviertel gelegt werden.

Wohlgemerkt: Die 3-30-300 Regel war Teil unseres Wahlprogramms zur Kommunalwahl 2026.

Daher fordern wir unsere Stadtratsfraktion Die Grünen - Rosa Liste dazu auf, sich klar für eine feste Übernahme des Begehrens durch die Vollversammlung einzusetzen. Einer möglichen Verhandlungslösung stehen wir offen gegenüber - sofern sie nicht hinter unsere eigene Beschlusslage zurückfällt und eine Beschattung von mindestens 30% weiterhin vorsieht. Wir fordern eine gezielt soziale Ausgestaltung, etwa durch den Fokus auf die Hitzeviertel. Die Umsetzung des Baumentscheides kann signifikant mehr soziale Gerechtigkeit in unsere Stadt bringen. Auch müssen der langfristige Erhalt und die flankierenden Pflegemaßnahmen den bestehenden Baumbestand bestmöglich sichern, um überhaupt dorthin zukommen.

Das Zielbild, 30% Beschattung bis 2040 zu erreichen, kann nur ein Mindestmaß sein. Wir erkennen die finanzielle Situation der Landeshauptstadt an, stellen

jedoch fest, dass auch 2040 eigentlich zu spät ist: die Hitzesommer sind bereits heute da. Das Baumpflanzprogramm muss daher einen klaren Zeitrahmen bekommen!

A6 Inklusion statt Integration – für eine menschenwürdige Migrationspolitik!

Gremium: Stadtversammlung
Beschlussdatum: 12.11.2026
Tagesordnungspunkt: TOP 5 Anträge

Antragstext

Die Versammlung möge beschließen:

Bündnis 90/Die Grünen München setzen sich politisch, programmatisch und öffentlich dafür ein, dass in der Münchner Stadtpolitik und in politischen Debatten der Begriff und das **Leitbild der Integration perspektivisch durch das Konzept der Inklusion ersetzt werden.**

Konkret beschließen Bündnis 90/Die Grünen München:

1. **Programmatik und Kommunikation:** Wir richten unsere politischen Positionen, Wahlprogramme und öffentlichen Stellungnahmen konsequent am Leitbild einer inklusiven Stadtgesellschaft aus, in der gesellschaftliche Vielfalt als Normalität anerkannt wird.

2. **Auftrag an die Stadtratsfraktion:** Wir fordern unsere Stadtratsfraktion auf, sich dafür einzusetzen, dass die bestehenden Integrationskonzepte der Landeshauptstadt München zu einer umfassenden städtischen Inklusionsstrategie weiterentwickelt werden. Diese soll gemeinsam mit migrantischen Selbstorganisationen, dem Migrationsbeirat, dem Behindertenbeirat und weiteren zivilgesellschaftlichen Akteur*innen erarbeitet werden.

3. **Abbau struktureller Barrieren:** Kommunalpolitische Maßnahmen in den Bereichen Bildung, Wohnen, Arbeitsmarkt, Kultur, Verwaltung und politische Teilhabe sollen konsequent auf den Abbau struktureller Barrieren ausgerichtet werden.

4. **Inklusion als Querschnittsaufgabe:** Inklusion soll als kommunale Querschnittsaufgabe verstanden werden. Politische Maßnahmen müssen darauf abzielen, institutionelle Diskriminierung abzubauen und gleichberechtigte Teilhabe für alle Menschen zu ermöglichen – unabhängig von Herkunft, Alter, Staatsangehörigkeit, Sprache, Behinderung, Religion, Geschlecht, sexueller Orientierung oder sozialem Status.

5. **Gesellschaftlicher Diskurs:** Wir setzen uns in der Stadtgesellschaft, in Bündnissen und in politischen Debatten dafür ein, den Paradigmenwechsel von Integration zu Inklusion aktiv voranzutreiben. Auf Landes- und Bundesebene bringen wir diese Position über unsere Delegierten und Gremien in die Partei ein.

A7 Mehr Querverbindungen am Stadtrand – weniger Umwege

Gremium:	Stadtversammlung
Beschlussdatum:	12.11.2026
Tagesordnungspunkt:	TOP 5 Anträge

Antragstext

Die Stadtversammlung von Bündnis 90/Die Grünen München möge beschließen,

dass unsere Stadtratsfraktion sich künftig vorrangig dafür einsetzt, stadtteilvernetzende Querverbindungen außerhalb des mittleren Rings zu erhalten, auszubauen und neue umzusetzen. Dabei können diese als Busse (wo möglich mit eigener Busspur) eingerichtet werden und bei Bedarf soll anschließend deren Ausbau als Trambahnlinien erfolgen.

A8 Stadtränder stärken – Für eine gerechte Verteilung politischer Aufmerksamkeit und städtischer Investitionen

Gremium:	Stadtversammlung
Beschlussdatum:	12.11.2026
Tagesordnungspunkt:	TOP 5 Anträge

Antragstext

Die Stadtversammlung von Bündnis 90/Die Grünen München möge beschließen,

dass unsere Stadtratsfraktion sich stärker für eine gerechte Verteilung politischer Aufmerksamkeit und städtischer Investitionen einsetzt. Einer einseitigen Schwerpunktsetzung zugunsten innerstädtischer Bezirke soll entgegengetreten werden. Dafür soll fraktionsintern oder auf städtischer Ebene (beispielweise über das RIS) ein Monitoring eingeführt werden, das erfasst welche Bezirke von einem Antrag oder einer Beschlussvorlage betroffen sind und welches geschätzte Finanzvolumen damit jeweils verbunden ist.

Mithilfe dieses Monitorings soll regelmäßig überprüft werden, wie viele Anträge und welches Finanzvolumen auf die Innenstadtbezirke sowie die Außenrandbezirke entfallen.

Das Ziel unserer Fraktion sollte dabei sein, dass mindestens 35% der stadtteilbezogenen Anträge unserer Fraktion auf Außenbezirke entfallen und dass mindestens 50% der stadtteilbezogenen Investitionsmittel in Projekten der 15 Außenbezirke landen (BA 10, 11, 12, 13, 14, 15, 16, 17, 18, 19, 20, 21, 22, 23, 24).

A9 SWM raus aus Sápmi!

Gremium: Stadtversammlung
Beschlussdatum: 12.11.2026
Tagesordnungspunkt: TOP 5 Anträge

Antragstext

Die Stadtversammlung von Bündnis90/DIE GRÜNEN München beschließt folgenden Antragstext:

Der **Oberbürgermeister** und die **zweite Bürgermeisterin** der Landeshauptstadt München werden dazu aufgefordert:

- Eine Neubewertung des Investments der Stadtwerke München (SWM) im Roan-Fosen Windpark zu verlangen.
- Die Prüfung eines Austiegsplans zu veranlassen.
- Einen Sonderbericht anzufordern.

Die **Fraktion Die Grünen / Rosa-Liste** im Münchner Stadtrat wird dazu aufgefordert, sich für folgende Aspekte im Stadtrat einzusetzen und entsprechende Anträge einzureichen:

- Eine Verschärfung der Beteiligungsrechte um Aspekte wie Pflicht zu Free, Prior and Informed Consent (FPIC), den Ausschluss von Projekten mit ungeklärten Menschenrechtsverletzungen sowie die Einführung eines Indigenous-Rights-Standards zu erwirken.
- Neue Ziele für kommunale Unternehmen über die Beteiligungsverwaltung, wie z.B. Pflicht zur Risikoanalyse bei indigenen Rechten und ESG- und Due-Diligence-Kriterien zu erarbeiten.

Die **SWM** werden dazu aufgerufen:

- Sich gegenüber den anderen Anteilseigner*innen für einen Abbau von 45 der insgesamt 71 Roan-Windräder einzusetzen.
- Die Beteiligung bei Nichtgelingen zu verkaufen.